Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 03.09.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:52 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE
Herr Manfred Dobberphul - SPD — Vertretung für: Herrn Uwe Jordan
Frau Susanne Hahn - SPD — Vertretung für: Herrn Nils Bader
Frau Antje Keller - CDU
Herr Detlef Kühn - SPD
Herr Reinhard Manlik - CDU
Herr Peter Rosenbaum - BIBS
Herr Gunnar Scherf - AfD
Herr Dennis Scholze - SPD
Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2
Herr Carsten Lehmann - FDP
Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.
Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD
Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD
Herr Felix Nordheim - CDU
Herr Maximilian Pohler - CDU
Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66
Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65
Frau Nadine Sack - StL 66.43
Frau Kirsten Lewandowski - StL 67.22

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Michael Gröger - AfD entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.06.2019 (öffentlicher Teil)	
3	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.07.2019 (öffentlicher Teil)	
4	Mitteilungen	
4.1	Machbarkeitsstudie der planerischen Konzeption eines Multifunktionsgebäudes in Modulbauweise	19-11528
4.2	Mitteilung zum Ratsauftrag "Toilette für alle" Sachstand	19-11316
4.3	KIP II - Stellungnahme zur Förderfähigkeit und Auswahl der Schulen Ganztagsbetrieb GS Comeniusstraße, Comeniusstr. 11 und Sanierung Wilhelm-Gymnasium, Leonhardstr. 63, Brandschutzsanierung	19-11345
4.4	Optimierung des Schadstoffmobil-Einsatzes ab 2020	19-11546
4.5	Sachstand: Ausschreibung der Überarbeitung der Radwegweisung	19-11351
4.6	Schulsanierungsprogramm	19-11502-01
4.7	Mündliche Mitteilungen	

5	Fassaden- und Dachsanierung, Petzvalstr. 50 b, 38104 Braunschweig Kostenerhöhung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	19-11309
6	GS Ilmenaustraße, Ilmenaustr. 29, 38120 Braunschweig Schaffung der Ressourcen für den Ganztagsbetrieb Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	19-10564
7	Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen	19-10773
8	Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 24	19-11161
9	Standorte für die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung	19-11270
10	Anfragen	
10.1	Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Kreuzungsbereichen	19-11505
10.1.1	Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Kreuzungsbereichen	19-11505-01
10.2	Innerstädtisches Parken	19-11538
10.2.1	Innerstädtisches Parken	19-11538-01
10.3	Sanierung der Altmarkstraße in Bienrode	19-11542
10.3.1	Sanierung der Altmarkstraße in Bienrode	19-11542-01
10.4	Straßenbeleuchtung nach Umstellung auf LED-Technik	19-11514
10.4.1	Straßenbeleuchtung nach Umstellung auf LED-Technik	19-11514-01
10.5	Probleme mit dem Tramino?	19-11540
10.5.1	Probleme mit dem Tramino?	19-11540-01
10.6	Keine Strafgebühren mehr für Digitales Parken	19-11458
10.6.1	Keine Strafgebühren mehr für Digitales Parken	19-11458-01
10.7	Fahrradunfallstatistik regelmäßig analysieren, um Handlungsbedarf rechtzeitig zu erkennen?	19-11506
10.7.1	Fahrradunfallstatistik regelmäßig analysieren, um Handlungsbedarf rechtzeitig zu erkennen?	19-11506-01
10.8	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und bittet die Ausschussmitglieder sich zu erheben, um dem am 29. Juli 2019 verstorbenen Ratsherr Uwe Jordan zu gedenken. Ratsherr Köster erinnert daran, dass sich Ratsherr Jordan vor allem im Bereich des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses eingebracht und sich auch im Bauausschuss zum Wohle der Stadt Braunschweig und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner engagiert hat.

Ratsherr Köster stellt hiernach die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11.06.2019 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.07.2019 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Mitteilungen

4.1. Machbarkeitsstudie der planerischen Konzeption eines Multifunktionsgebäudes in Modulbauweise — 19-11528

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Mitteilung zum Ratsauftrag "Toilette für alle" Sachstand — 19-11316

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. KIP II - Stellungnahme zur Förderfähigkeit und Auswahl der Schulen Ganztagsbetrieb GS Comeniusstraße, Comeniusstr. 11 und Sanierung Wilhelm-Gymnasium, Leonhardstr. 63, Brandschutzsanierung — 19-11345

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Optimierung des Schadstoffmobil-Einsatzes ab 2020 19-11546

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Sachstand: Ausschreibung der Überarbeitung der Radwegweisung 19-11351

Ratsherr Manlik hinterfragt die Notwendigkeit der Beauftragung eines Planungsbüros. Herr Benscheidt erklärt, dass die Unterstützung durch einen externen Dienstleister erfolgt, da die Fachabteilung u.a. durch die aktuelle Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für die Stadt ausgelastet ist.

Ratsfrau Jalyschko weist auf kleinere Mängel an der Wegweisung entlang des Ringgleisradwegs hin. Herr Benscheidt informiert, dass die Ringgleiswegweisung bewusst aus der Überarbeitung herausgelöst und bereits durch einen Mitarbeiter des FB Tiefbau und Verkehr überprüft wurde. Eine Umsetzung kann damit zeitnah und unabhängig von der Überarbeitung der Radwegweisung erfolgen.

Ratsfrau Jalyschko bittet, die vorliegende Mitteilung auch dem Planungs- und Umweltausschuss (PlUA) vorzulegen. Stadtbaurat Leuer wird diese Mitteilung in der Sitzung des PlUA am Folgetag mündlich vortragen.

Ratsherr Dobberphul fragt, ob die Überarbeitung der Wegweisung auch für die Fernradwege vorgesehen ist. Herr Benscheidt berichtet, dass die Fernradwege Bestandteil der Gesamtüberprüfung sind.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.6. Schulsanierungsprogramm 19-11502-01

Bürgermitglied Nordheim bittet um Auskunft, wann das Raumprogramm der GS Melverode beschlossen wird. Laut einer Protokollnotiz der Sitzung vom 24. Januar 2019 sollte dies den Gremien bereits im Mai/Juni vorgelegt werden. Stadtbaurat Leuer verweist darauf, dass das Raumprogramm nicht im Bauausschuss behandelt, sondern von der Schulverwaltung in den Schulausschuss eingebracht wird. Eine Klärung wird zugesagt.

Protokollnotiz: Am 7. Oktober findet dazu ein Ortstermin statt. Im Anschluss erfolgt die weitere Bearbeitung des Raumprogramms.

Herr Kamphenkel erinnert, dass für die Schulsanierung ein Programm für inklusive Beschulung ausgearbeitet wurde. Er bittet um Beachtung, dass dies auch eingehalten wird. Stadtbaurat Leuer verweist in seiner Antwort auf die Anforderungen, die an den Haushalt und an die Maßnahmen gestellt werden und versichert, dass das Thema Inklusion in diesem Kontext ebenfalls behandelt wurde. Abgesehen von den Sanierungsmaßnahmen besteht allerdings auch ein Globalansatz, sodass das Thema weiterhin im Fokus der Verwaltung liegt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.7. Mündliche Mitteilungen

4.7.1

Herr Benscheidt bezieht sich auf einen Hinweis von Bürgermitglied Steinert in der Sitzung des Bauausschusses am 2. Juli 2019, wonach im Zuge des Schulwegs Bienroder Weg an der Brücke über die Schunter der Stababstand des Geländers zu groß sei und somit für Kinder eine Gefahr darstelle. Eine Bauwerksüberprüfung hat ergeben, dass der gemessene Abstand der Füllstäbe an dem 1976 neu hergestellten Geländer am Geh- und Radweg 13,5 cm beträgt. Nach damalig gültiger Vorschrift war ein lichter Abstand zwischen den Füllstäben von 12 bis 14 cm zulässig. Nach aktuell geltender Fassung des Regelwerks ist für Füllstab-

geländer nur noch ein lichter Abstand zwischen den Füllstäben von max. 12 cm zulässig. Das Geländer unterliegt allerdings dem Bestandschutz und muss daher nicht erneuert werden.

Bürgermitglied Steinert konkretisiert seinen Hinweis, dass der Abstand vom Boden zum Geländer mindestens einen halben Meter beträgt. Dieser Abstand sei nicht hinnehmbar und bedarf einer Nachbesserung. Herr Benscheidt sagt eine erneute Überprüfung zu.

4.7.2
Herr Benscheidt bezieht sich auf einen Hinweis von Ratsherr Manlik in der Sitzung des Bauausschusses am 2. Juli 2019, wonach die Oberflächenwiederherstellung an Kabelschächten im Nördlichen Ringgebiet nur grob ausgeführt wurde. Bautechnisch stelle dieser Zustand keine Gefahrenstelle dar, erweise sich aber für Radfahrer als unkomfortabel. Die intensiv von Radfahrern befahrenen Bereiche wurden deshalb nachgearbeitet.

4.7.3
Stadtbaurat Leuer informiert über die Vorlage *Ringgleis-West: Triftweg bis Ernst-Amme-Straße Sanierung der Wegedecke in Asphaltbauweise* (DS 19-11010), die dem Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 4. September zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Ratsherr Kühn bittet zur besseren Orientierung an der Einmündung Ringgleis / Ernst-Amme-Straße eine Straßennamen-Beschilderung aufstellen zu lassen. Stadtbaurat Leuer sagt eine Überprüfung zu.

4.7.4
Stadtbaurat Leuer kündigt eine Sondersitzung des Bauausschusses für Objekt- und Kostenfeststellungsbeschlüsse sowie Auftragsvergaben des FB Hochbau und Gebäudemanagement an. Die Sitzung findet statt am Dienstag, 2. Oktober 2019, um 14 Uhr.

5. Fassaden- und Dachsanierung, Petzvalstr. 50 b, 38104 Braunschweig **19-11309**
Kostenerhöhung
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Beschluss:

„"Den Mehrkosten für die Sanierung der Fassade an dem Gebäude "Petzvalstraße 50 b" in Höhe von 288.200 € (siehe auch DS 18-08191) sowie der Umsetzung der zusätzlichen Maßnahme "Dachsanierung" an dem Gebäude "Petzvalstraße 50 b" mit einem Bauvolumen in Höhe von 946.900 € wird zugestimmt. Die Gesamtkosten des Vorhabens erhöhen sich von bisher 1.467.800 € auf 2.702.900 €."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. GS Ilmenaustraße, Ilmenaustr. 29, 38120 Braunschweig **19-10564**
Schaffung der Ressourcen für den Ganztagsbetrieb
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Beschluss:
„Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 01.02.2019 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement - und eines Zuschlages für Unvorhergesehenes werden aufgrund der Kostenberechnung vom 06.08.2019 auf 4.318.500 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Widmung von Verkehrsflächen zu Gemeindestraßen 19-10773

Beschluss:
„Die Widmungen der in der Anlage 1 bezeichneten Straßen sind zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 24 19-11161

Beschluss:

„Der Festsetzung einer Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 24 in Rüningen wird zugestimmt. Die Festsetzung soll zum 01.10.2019 erfolgen, ist zu verfügen und zeitnah öffentlich bekanntzumachen."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Standorte für die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung 19-11270

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik verlässt um 15:18 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die Vorlage der Verwaltung. Die Maßnahmen fokussieren sich aus ihrer Sicht allerdings sehr stark auf den Pkw-Verkehr. Perspektivisch wünscht sie sich Standorte zu finden, an denen durch die Geschwindigkeitsüberwachung auch Anlieger oder Verkehrsteilnehmer profitieren könnten und der positive Effekt vielschichtiger ist.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze verlässt um 15:20 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass die Wahl der Standorte nicht nachvollzogen werden kann. Beide Standorte liegen fernab von Wohngebieten. Die in der Vorlage aufgeführten weiteren Straßen, an denen keine Anlagen aufgestellt werden, sollten ebenfalls mit Daten hinterlegt werden, wie dies bei der Wolfenbütteler Straße und der Gifhorner Straße erfolgt ist, um eine Transparenz und eine qualifiziertere Beschlussfassung zu ermöglichen.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze nimmt ab 15:22 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn bittet die Verwaltung, die fehlenden Informationen in Form einer Mitteilung nachzureichen. Stadtbaurat Leuer sagt zu, die erbetenen Informationen in Form einer Ergänzungsvorlage für die Beratung in den weiteren Gremien einzubringen.

Für Ratsherr Köster stellt die stationäre Messung eine gute Ergänzung zu der bisher wahrgenommenen Geschwindigkeitsüberwachung dar. Er bittet die Verwaltung jedoch noch um weitere Ausführungen, wie auf der Wolfenbütteler Straße die Einhaltung von Tempo 50 im weiteren Abschnitt von den Eisenbahnbrücken bis zum Heinrich-Büssing-Ring erreicht werden kann. Als Nachteil von stationären Anlagen bezeichnet Stadtbaurat Leuer den Bekanntheitsgrad der Standorte. Durch die Anlage selbst werde aber bereits eine Geschwindigkeitsdämpfung erreicht. Zudem liegt von der Autobahn kommend die Lichtsignalanlage bereits im Blick und vermittelt so den Verkehrsteilnehmern, sich wieder im kommunalen Straßennetz zu befinden. Ganz ausgeschlossen werden kann das Fehlverhalten Einzelner jedoch nicht.

Aus Sicht von Ratsherr Kühn sind die in der Vorlage aufgeführten weiteren Straßen vorzugsweise als Standorte für die mobile Messung vorzusehen.

Ratsherr Scherf lehnt die zusätzliche Geschwindigkeitsüberwachung ab, da diese mit Kosten für die Verwaltung verbunden ist und auch Autofahrer finanziell belastet werden. Mit dieser Begründung wird er sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:
„Die drei stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen werden an der Wolfenbütteler Straße stadteinwärts und stadtauswärts (zwischen den Eisenbahnbrücken und der Straße Zuckerbergweg) sowie an der Gifhorner Straße (zwischen Schmalbachstraße und Nordhoffstraße) errichtet und betrieben."

Abstimmungsergebnis: (Empfehlung an VA und Rat)

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

10. Anfragen

10.1. Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Kreuzungsbereichen — 19-11505

Ratsherr Kühn bringt die Anfrage der SPD-Fraktion ein.

10.1.1. Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Kreuzungsbereichen — 19-11505-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik nimmt ab 15:30 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn verweist auf die kostengünstige Beschaffung, kurzfristige Verfügbarkeit und leichte Installation sog. Trixie-Spiegel. Er macht aber auch auf mögliche Nutzungseinschränkungen der Spiegel aufmerksam. Herr Benscheidt erklärt, dass Spiegel eine von vielen möglichen Instrumenten sind. Aufgabe von Polizei, Straßenverkehrsbehörde und Straßenbaulastträger sei es, für jeden Einzelfall individuelle Lösungen zu finden.

Ratsherr Manlik verweist auf die große Anzahl an Außenspiegeln, über die ein moderner Lkw verfügt, die aber dennoch tote Winkel nicht zu verhindern vermögen. Als verlässlich erachtet er Abbiegeassistenten, deren System mit einer Kamera arbeitet. Andere (passive) Maßnahmen bezeichnet er als wenig oder gar nicht hilfreich. Wichtig ist ihm, dass in den Lkw entsprechende technische Lösungen umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang fragt er nach einer entsprechenden Förderung durch die Verwaltung und bezieht sich hier beispielhaft auf die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG).

Herr Benscheidt bestätigt die Bedeutung, die technisch verfügbaren Lösungen in den Fahrzeugen intensiv einzusetzen. Die Verwaltung hat dies in Gesprächen unterstützt, musste dies aber nicht in weiterer Weise fördern, da die Partner (u.a. städtische Gesellschaften, ALBA GmbH) dies bereits aktiv tun und diese Technologie aus Gründen des Sicherheitsgewinns eigeninitiativ einsetzen. Er geht davon aus, dass die Transportwirtschaft unabhängig von bestehenden Fristen zur verpflichtenden Einführung der Technologie aus gleichem Grund früher agieren wird.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Rohling bietet Herr Benscheidt eine Teilnahme des Seniorenrats an der Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Radverkehrskonzepts an.

Die Stellungnahme 19-11505-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Innerstädtisches Parken **19-11538**

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN ein.

10.2.1. Innerstädtisches Parken **19-11538-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze verlässt um 15:46 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko erläutert Stadtbaurat Leuer, dass eine Parkdauer von 30 Minuten für den Innenstadtbesuch vom Grundsatz den Nutzungsansprüchen in der Innenstadt (z. B. Arztbesuch, Einkauf) nicht genügt. Eine Parkdauer von bis zu 30 Minuten erscheine nur sinnvoll in Bereichen, in denen sie den Nutzungen entspricht. Dies wäre z. B. an einer Einfallstraße vor einer Bäckerei der Fall, da der Geschäftsinhaber ein Interesse an freien Parkplätzen vor seinem Ladengeschäft habe. Aus Sicht von Stadtbaurat Leuer sollte der öffentliche Raum in der Innenstadt der Nutzung durch die Anwohner zur Verfügung stehen. Für Kunden und Pendler sind ausreichende Kapazitäten in den Parkhäusern vorhanden. Dies erscheint zumutbar und führt zudem zu einer verkehrlichen Entlastung der öffentlichen Räume. Die Höhe der Parkgebühr stellt einen Aspekt bei der Parkhausnutzung dar. Ein weiterer ist der Umfang des freien Parkraums im öffentlichen Raum. Ist dieser verfügbar, werde dieser dem Parkhaus vorgezogen. Insofern erscheint Stadtbaurat Leuer eine Ausweisung der Parkflächen im öffentlichen Raum für Anwohner zielführender.

Protokollnotiz: Ratsherr Scholze nimmt ab 15:49 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Bürgermitglied Steinert fragt, ob die Verwaltung eine Erhöhung der Parkgebühren beabsichtigt. Stadtbaurat Leuer informiert, dass bei der letztmaligen Erhöhung im Jahr 2017 die Entwicklung des Verbraucherindex als Maßstab genommen wurde. Bislang gibt es dazu keine Veränderung. Abzuwarten bleibt, ob dies in einiger Zeit insbesondere unter Berücksichtigung des Mobilitätsentwicklungskonzeptes anders zu betrachten ist.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zu den Erfahrungen einer großräumigen Einführung von Anwohnerparkplätzen im Stadtgebiet berichtet Stadtbaurat Leuer am Beispiel des Gebiets um die Stadthalle von der Komplexität, allen Belangen gerecht zu werden. Der FB Tiefbau und Verkehr hat versucht, auf alle Nutzerwünsche zu reagieren. Grundsätzlich muss jedes Gebiet individuell betrachtet werden.

Die Stellungnahme 19-11538-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Sanierung der Altmarkstraße in Bienrode **19-11542**

Ratsherr Scherf bringt die Anfrage der AfD-Fraktion ein.

10.3.1. Sanierung der Altmarkstraße in Bienrode **19-11542-01**

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der AfD-Fraktion.

Die Stellungnahme 19-11542-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Straßenbeleuchtung nach Umstellung auf LED-Technik **19-11514**

Ratsherr Sommerfeld bringt die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. ein.

10.4.1. Straßenbeleuchtung nach Umstellung auf LED-Technik 19-11514-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Ratsfrau Jalyschko fragt, welche Rolle die Insektenfreundlichkeit bei der Neukonzeption der Beleuchtung spielt. Herr Benscheidt erklärt, dass zwei Kriterien zu beachten sind. Zum einen wird als Lichtfarbe warmweißes Licht eingesetzt, da kaltweißes Licht für Insekten attraktiver ist. Zum anderen wird bei einer Vielzahl der Leuchten konsequent auf das Abstrahlen nach unten geachtet. Nur in vereinzelten Bereichen erfolgt aus stadtgestalterischer Gründen auch das Abstrahlen zur Seite.

Die Stellungnahme 19-11514-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Probleme mit dem Tramino? 19-11540

Ratsherr Rosenbaum bringt die Anfrage der BIBS-Fraktion ein.

10.5.1. Probleme mit dem Tramino? 19-11540-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der BIBS-Fraktion.

Ratsherr Rosenbaum fragt, ob Kenntnis darüber besteht, ob die Frage zu den klimatischen Bedingungen in Stadtbussen bereits beantwortet wurde. Gegebenenfalls werde er dazu direkt bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH nachfragen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass ein aktueller Sachstand nicht bekannt ist.

Die Stellungnahme 19-11540-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.6. Keine Strafgebühren mehr für Digitales Parken 19-11458

Ratsherr Lehmann bringt die Anfrage der FDP-Fraktion ein.

10.6.1. Keine Strafgebühren mehr für Digitales Parken 19-11458-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der FDP-Fraktion.

Ratsherr Manlik macht darauf aufmerksam, dass an den Parkscheinautomaten nicht ausgewiesen wird, welche zusätzlichen Kosten für die Inanspruchnahme des Service-Angebots für das mobile Bezahlen der Parkgebühren mit dem Handy entstehen. In anderen Städten sei dieser Service zudem ohne Aufpreis verfügbar. Darüber hinaus erinnert er an die Zusage der Verwaltung, dass die Kartenzahlung an den Automaten wieder eingeführt werden sollte. Dies sei noch nicht erfolgt. Herr Benscheidt macht darauf aufmerksam, dass es grundsätzlich möglich ist, dass die Verwaltung die Servicegebühren trägt. Es handelt sich hierbei jedoch um eine politische Entscheidung. Nach der Kritik an der Abschaffung der Option zur Kartenzahlung hat die Verwaltung diese Funktion reaktiviert. Sollte die Funktion im Einzelfall nicht funktionsfähig sein, handelt es sich um einen Defekt, der behoben werden muss. Herr Benscheidt erinnert in diesem Zusammenhang an die Zusage der Verwaltung, vor einer neuen Lösung diese zu kommunizieren und zur Abstimmung zu stellen. Dazu stehe die Verwaltung unverändert.

Ratsherr Köster fragt, welche Einsparungen sich seit der Einführung des digitalen Bezahlens ergeben haben. Herr Benscheidt erklärt, dass diese derzeit noch nicht absehbar sind.

Die Stellungnahme 19-11458-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.7. Fahrradunfallstatistik regelmäßig analysieren, um Handlungsbedarf rechtzeitig zu erkennen? 19-11506

Ratsherr Kühn bringt die Anfrage der SPD-Fraktion ein.

10.7.1. Fahrradunfallstatistik regelmäßig analysieren, um Handlungsbedarf rechtzeitig zu erkennen? 19-11506-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Die Stellungnahme 19-11506-01 wird zur Kenntnis genommen.

10.8. Mündliche Anfragen

10.8.1
Bürgermitglied Nordheim macht darauf aufmerksam, dass der Rad- und Gehweg vor der Augenklinik Wolfenbütteler Straße häufig von Krankentransporten genutzt wird. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, ob baulich oder durch verkehrsbehördliche Anordnungen auf die verkehrliche Situation Einfluss genommen werden kann. Herr Benscheidt erklärt, dass die Frage der Parksituation in erster Linie eine Angelegenheit des Grundstückseigentümers ist. Er sagt zu, dass die Verwaltung Kontakt aufnehmen wird, um Lösungsmöglichkeiten zu eruieren.

10.8.2
Bürgermitglied Nordheim berichtet von einer ihm zugetragenen Nachricht aus der Informationsveranstaltung für Anlieger zur Sanierung der Glogaustraße. Ein Verwaltungsvertreter habe auf die Frage, ob die Baumaßnahme im dortigen Bereich mit dem Umbau des Autobahnkreuzes BS-Süd im Zusammenhang steht, sinngemäß geantwortet, dass Stadt und Land ihre Baumaßnahmen nicht koordinieren. Herr Benscheidt erklärt, dass Baumaßnahmen von Land und Stadt sehr wohl koordiniert werden.

10.8.3.
Bürgermitglied Nordheim fragt, ob der Verwaltung bereits Informationen bekannt geworden sind, wonach die Unfallgefahr auf der Celler Straße in Höhe Amalienstraße durch sog. Phantommarkierungen gestiegen sei. Erst vor wenigen Tagen sei es zu einem Verkehrsunfall gekommen. Herr Benscheidt stellt klar, dass die Phantomwirkung einer Alt-Markierung nicht auftreten darf. Der Dienstleister ist eindeutig aufgefordert in der Weise zu demarkieren, dass diese Täuschung nicht auftritt. Der Hinweis wird überprüft.

10.8.4
Ratsfrau Keller verweist auf die Mitteilung der Verwaltung, dass einzelne Baumaßnahmen die ursprünglich vorgesehene Bauzeit überschreiten. Sie fragt, wie die Abnahme der Baumaßnahmen, insbesondere die Überprüfung von Mängeln, erfolgt und wann die Fertigstellung der K31 zu erwarten ist. Herr Benscheidt erklärt, dass von der Verwaltung beauftragte Baumaßnahmen bereits während der gesamten Bauzeit begleitet werden, um schon während der Bauphase mögliche Mängel erkennen zu können. Mängelbeseitigungen finden unabhängig von Ferienzeiten statt. Durch die Mängelbeseitigung soll der Verkehr allerdings nicht mehr als unbedingt nötig beeinträchtigt werden. Zur K31 informiert Herr Benscheidt, dass die Fahrbahnmarkierung aus technischen Gründen grundlegend erneuert werden muss und die K31 zuvor nicht für den Verkehr freigegeben werden kann. Die Mängelbeseitigungen befinden sich derzeit in der Abstimmung.

10.8.5
Ratsfrau Keller macht darauf aufmerksam, dass Fassadenelemente des umfangreich sanierten Lessinggymnasiums beschädigt werden. Dazu fragt sie nach den Überlegungen der Verwaltung zum Schutz der Fassade. Herr Eckermann erklärt, dass schon im Vorfeld bewusst mit einer verstärkten Unterkonstruktion für eine bessere Robustheit gesorgt wurde. Dennoch sind hier in einer besonderen Form von Vandalismus Elemente eingetreten worden. Es wird derzeit geprüft, inwieweit durch eine weitere flächige Unterkonstruktion eine Verstärkung vorgenommen werden kann. Auf jeden Fall soll vermieden werden, dass die Optik der Fassade durch die Verwendung einer anderen Materialität beeinträchtigt wird.

10.8.6

Bürgermitglied Steinert berichtet, dass der stadtauswärts führende Radweg am Bahnübergang Bienroder Weg am Wochenende zum Abstellen von Lkw genutzt wird. Kühlauflieger würden durch den Betrieb des Kühlaggregats zudem Anwohner belästigen. Er regt das Setzen von Pollern an, um das Parken zu verhindern. Herr Benscheidt sagt eine Überprüfung zu.

10.8.7
Ratsfrau Jalyschko berichtet von dem Hinweis, dass bei einigen Baustellen die Hinweistafeln, die der Information über das Bauprojekt dienen, fehlen oder schlecht aufzufinden sind. Sie fragt nach dem Handlungsspielraum der Verwaltung, um die zuständigen Bauherren an die Aufstellung der Tafeln zu erinnern. Herr Benscheidt informiert, dass die Handhabe der Verwaltung begrenzt ist, da es sich bei den Tafeln um kein verkehrsrechtliches Erfordernis handelt. Bei den Bau- oder Leitungsträgern besteht jedoch die grundsätzliche Bereitschaft, alle Baumaßnahmen entsprechend zu kennzeichnen. Er sagt zu, den Hinweis aufzunehmen und die Kennzeichnung partnerschaftlich in Erinnerung rufen zu wollen.

10.8.8.
Herr Kamphenkel thematisiert einen erfolgten Ortstermin in der Maschstraße. Die geringe Breite des Gehwegs führe zu Nutzungseinschränkungen, wenn sich Kinderwagen und Rollstuhlfahrer begegnen. Auch die zulässige Höchstgeschwindigkeit werde in der Tempo 30-Zone nicht eingehalten. Herr Benscheidt berichtet von der Überlegung der Verwaltung zur Umplanung der Maschstraße. Diese wurde jedoch vom Stadtbezirksrat abgelehnt. Dadurch wurden die Möglichkeiten der Verwaltung, eine Lösung zu finden, eingeschränkt. Seitens des FB Tiefbau und Verkehr hat Herr Wiegel an der Begehung teilgenommen und punktuelle Maßnahmen zugesagt.

10.8.9
Ratsherr Scherf bittet um Auskunft, ob aufgrund des Fahrbahnzustands in der Straße Heesterkamp und angrenzenden Straßen Sanierungsmaßnahmen geplant sind. Herr Benscheidt sagt eine Information zu, sobald eine konkrete Planung bekannt ist.

Die Sitzung endet um 16:52 Uhr.

gez. Köster	gez. Leuer	gez. Ender
- Vorsitz -	- Stadtbaurat -	- Schriftführung -